

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1282

der Abgeordneten Thomas Domres (Fraktion DIE LINKE), Christian Görke (Fraktion DIE LINKE), Isabelle Vandre (Fraktion DIE LINKE) und Sebastian Walter (Fraktion DIE LINKE)
Drucksache 7/3498

Umgang mit Zielkonflikten zwischen Denkmal- und Klimaschutz im Gebäudesektor

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur die Kleine Anfrage wie folgt:

Die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel formuliert, dass Brandenburg bis spätestens zum Jahr 2050 klimaneutral umgestaltet wird. Hinzu kommen die europa- und bundesrechtlichen Vorgaben zur umfassenden Reduktion der CO₂-Emissionen, unter anderem im Gebäudesektor. Diese Klimaziele sind nur erreichbar, wenn auch Bestandgebäude in großem Stil energetisch saniert sowie mit erneuerbarer Energie und Wärme versorgt werden. Bei historischen Gebäuden kollidiert dieser Anspruch allerdings immer wieder mit Vorgaben und Auflagen des Denkmalschutzes.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche grundsätzlichen Überlegungen gibt es im Land Brandenburg zur Vermeidung und/oder Lösung von Interessen- und Zielkonflikten zwischen Denkmal- und Klimaschutz im Gebäudesektor?

zu 1: Ein wesentlicher Beitrag der Denkmalpflege zum Klimaschutz besteht darin, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass für den Erhalt, die Pflege und die respektvolle Modernisierung eines Gebäudes in der Regel nur ein Bruchteil der Grauen Energie aufgebracht werden muss, die für Abriss und Neubau erforderlich wäre. In der gesellschaftlichen Diskussion nimmt dieser Blickwinkel immer mehr Raum ein. U.a. hat die im Jahr 2020 von allen europäischen Bauministerinnen und -ministern verabschiedete Leipzig-Charta hierzu entsprechende Aussagen getroffen. Auch vertritt der Bund Deutscher Architekten (BDA) inzwischen die Meinung, dass auch über die Denkmalpflege hinaus eine Gebäudeerhaltung mit Umbau gegenüber einem Neubau wesentlich zur Vermeidung des Verbrauchs von Grauer Energie beiträgt.

Konkret ist an einem Denkmal vorab zu klären, welche tradierten und bewährten Systeme der Wärmedämmung es am Haus gibt und wie sich diese reparieren und optimieren lassen. Dabei sind insbesondere nachhaltige Lösungen von Bedeutung. So können Dämmungen von Gebäudeteilen (Kellerdecke, Bodendecke) bzw. eine moderne ressourcensparende Heizung schon sehr viel bewirken. Statistisch gesehen ist bei einem Anteil der Denkmale von rund 3 % des Gebäudebestands in Deutschland allerdings nur ein geringer Beitrag an CO₂-Einsparung zu erreichen.

Eingegangen: 03.06.2021 / Ausgegeben: 08.06.2021

Zur Lösung von Zielkonflikten hinsichtlich der Gebäudesanierung im Bereich Denkmal wird seit 2013 die energetische Stadtsanierung im Land Brandenburg forciert. Unter dem Titel „Energetischer Umbau im Quartier“ steht den Kommunen zum Themenkomplex nicht nur eine Beratungsstelle zur Seite, es werden auch Fachveranstaltungen durchgeführt und Publikationen veröffentlicht. Die Betrachtungsgröße Quartier ist klein genug, damit die Zahl der Akteure überschaubar bleibt, gleichzeitig aber ist die Ebene groß genug, um z. B. die CO₂-Einsparungsziele nicht unbedingt auf Gebäudeebene erreichen zu müssen, sondern insgesamt auf Quartiersebene. So kann in der Gesamtbilanzierung Rücksicht auf denkmalgeschützte Gebäude beispielsweise durch eine Wärmeversorgung mit einem höheren Anteil an erneuerbarer Energien genommen werden, da deren Dämmung häufig eine Herausforderung ist. Das am 1. November 2020 in Kraft getretene Gebäudeenergiegesetz als Nachfolge und Bündelung von Energieeinspargesetz, Energieeinsparverordnung und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz stärkt zentrale Prinzipien des energetischen Umbaus im Quartier, insbesondere die ganzheitliche Betrachtung von Energieerzeugung, -versorgung und -effizienz, Sektorkopplung und indirekt auch die gebäudeübergreifende Betrachtung.

2. Welche Kriterien finden bei der Abwägung der Vorschriften des Denkmalschutzes im Zusammenhang mit der energetischen Sanierung von historischen Gebäuden und deren Versorgung mit erneuerbarer Energie und Wärme (etwa durch Photovoltaikanlagen) auf Seiten der zuständigen Behörden Anwendung und wie werden diese Kriterien gewichtet?

zu 2: Am Denkmal ist die Erhaltung der Substanz und des Erscheinungsbildes entscheidend. Alle geplanten Maßnahmen am Denkmal – auch die zur Energieeinsparung und CO₂-Vermeidung – werden von den Denkmalbehörden unter diesen Gesichtspunkten beurteilt. Die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland hat im Arbeitspapier Nr. 37 - Solaranlagen und Denkmalschutz - einen Leitfaden herausgebracht, an dem auch Fachleute des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM) mitgearbeitet haben (www.vdl-denkmalpflege.de/fileadmin/dateien/Arbeitsblätter/Nr37.pdf). Er wird sinngemäß im Land Brandenburg angewandt.

3. Wird bei einer entsprechenden Abwägung gegenläufiger Interessen des Denkmal- und des Klimaschutzes hinsichtlich der Art des denkmalrechtlichen Schutzstatus' (bspw. zwischen Einzel- oder Flächendenkmalen) differenziert?

zu 3: Jede Maßnahme wird beim (Einzel-)Denkmal nach der Schwere der beabsichtigten Eingriffe in die Substanz des Denkmals (innen und außen) und nach der Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes bzw. seiner Umgebung beurteilt. Im Flächendenkmal (Denkmalbereich) sind die außen sichtbare Substanz des Einzelgebäudes mit seinem Erscheinungsbild und die Struktur des Denkmalbereiches geschützt.

Es ist dabei sinnvoll, z.B. in den denkmalgeschützten Stadtanlagen oder in Siedlungen mit ihrer oft engen Bebauung nach Quartierslösungen zu suchen, um die tradierten Vorteile einer funktionierenden historischen Stadtanlage mit den aktuellen Fragen der Energieeinsparung zu kombinieren. In der Arbeitsgemeinschaft der Städte mit Historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg gibt es bereits seit längerem vom BLDAM begleitete Quartiersuntersuchungen zu diesen Fragen.

Die Kommunen mit Denkmalbereichen nehmen auch dieses Thema in ihre Gestaltungssatzungen auf, sodass stadtverträgliche Lösungen entwickelt werden können. Ziel dabei ist es jeweils, die Qualitäten des historischen Stadtbildes mit CO₂-armer Energieerzeugung und minimiertem Verbrauch zu verbinden.

4. Gibt es seitens der zuständigen Behörden (oder anderer staatlicher Stellen) spezielle Beratungsangebote für Eigentümerinnen und Eigentümer denkmalgeschützter Gebäude hinsichtlich einer mit dem Denkmalschutz in Einklang zu bringenden energetischen Sanierung sowie Ausstattung mit Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energie?

zu 4: Die Denkmalbehörden beraten vor einer Entscheidung auch zu diesem Thema. Die energetische Ertüchtigung von Denkmalen muss auf langfristige nachhaltige Maßnahmen unter Einbeziehung der Qualitäten des Bestandes hinzielen. Für eine umfassende Beratung gibt es z. B. „Energieberater/innen für Baudenkmale“. Die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger bemüht sich zusammen mit der Wissenschaftlich-Technischen Arbeitsgemeinschaft für Bauwerkserhaltung und Denkmalpflege (WTA) um eine deutschlandweite Zertifizierung. Ziel ist es, die Erhaltung und Weiterentwicklung der Baukultur mit der Einsparung des Energieverbrauchs auf nachhaltigem Wege zu verbinden.

5. Existieren besondere Förderprogramme auf EU-, Bundes- oder Landesebene, welche die Eigentümerinnen und Eigentümer denkmalgeschützter Gebäude bei der Finanzierung von Planung und Umsetzung klima- und denkmalgerechter Gebäudesanierung und -anpassung unterstützen?

zu 5: Seit dem Jahr 2012 gibt es das KfW-Förderprogramm »Effizienzhaus Denkmal«, das speziell für Baudenkmale und sonstige besonders erhaltenswerte Bausubstanz innerhalb des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms eingerichtet wurde.

Programmübergreifend förderfähig sind mittels Städtebauförderung Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, zum Erhalt und zur Sicherung des bau- und gartenkulturellen Erbes sowie stadtbildprägender Gebäude. Auf Grundlage von § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB kann der kommunale Eigenanteil bei Maßnahmen in Stadtbereichen mit denkmalwerter Bausubstanz auf bis zu 20 Prozent abgesenkt werden.